

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 561

Jahrgang 214

Abend-Ausgabe
Dienstag, 6. Dezember
Anzeigenpreis: Die Sp. 10 mm breit 100.
Verlagspreis: monatlich 10.00, vierteljährlich 30.00, halbjährlich 60.00, jährlich 120.00.
Verleger: Sächsische Zeitung, Leipzig, Postfach 1001.
Druck: Sächsische Zeitung, Leipzig, Postfach 1001.

Am Ende unserer Kraft!

Und dabei predigt Herr Wirth bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit: „Die Regierung will auch heute noch die übernommenen schweren Verpflichtungen erfüllen.“

Ostpreußens Bedeutung für Deutschlands Zukunft
 Von Superintendent Hensel, Johannsburg (Ostpreußen), Mitglied des Reichstages.

Die Finanzkrise im Reich und in Preußen

th. Berlin, 6. Dezember.
 Neue Nachrichten für das laufende Rechnungsjahr sind dem Reichstage erneut zugegangen. Der Reichstag hat festgestellt, daß ein Bild unserer Finanzen vorliegt, welches ein Bild unserer finanziellen Not. Mieshaft sind die Ausgaben an, überall findet sich keine Deckung, obwohl die Steuern, wenn sie mit dem Kriegszustand, neue Vermögenswerte abwerten. Wo früher Millionen eine Rolle spielten (Milliardensätze) füllt die Reparationslasten und es wird immer klarer beim Studium der Staatshilfen, daß hier unüberlegbar eine Wendung eintreten muß. Die neuen Rechnungen erreichen 17 1/2 Milliarden Mark. Aber die Steuern für 1921 sind. Sehr nett! Aber über 10 Milliarden Mark beanspruchen Räder und Gemeinden, 10 Milliarden Mark verlangen die neuen Beamtengehälter, bleiben noch 10 Milliarden. Und jetzt kommt das Bild, die Reparationsverpflichtungen für 1921 rund 90 Milliarden Mark mit allem drum und dran. Woher nehmen?
 Die Beiden werden die Zahlen für soziale Zwecke, für soziale Opfer des Krieges (Kriegsschadliche, Hinterbliebenen, Mütter, Arbeitslose) 8 bis 4 Milliarden. Wir sind am Ende unserer Kräfte!

einem erheblichen Beitrag abzuführen wird. In der weiteren Erörterung wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, die aus der langsamen Steuererhebung der Finanzämter entsteht. Allgemein wurde betont, daß die Länder in zu große finanzielle Abhängigkeit vom Reiche gebracht worden sind. Der Haushalt der allgemeinen Landesverwaltung wurde jedoch angenommen, dazu ein Antrag, die Minderheiten der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zu viel gezahlten direkten Steuern angesichts der fortwährenden Notlage zu beschleunigen, ferner wurde angenommen der Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift, aus der hervorgeht der Versuch, den Preußen an Vermögenswerten und an Finanzvermögen in den abgetretenen Gebieten erfüllt hat mit einer Angabe über die Aufschüttung der Reichsfinanzen durch das Reich.
 Dem Haushalt der preussischen Zentralgenossenschaft wurde gleichfalls zugestimmt und dazu ein Antrag angenommen, die Einlage des Staates von 125 Millionen Mark auf 500 Millionen Mark zu erhöhen und eine höhere Beteiligung der Verbandsstellen zur Stärkung des Stammkapitals der Preußentasse herbeizuführen.

Durch den Versailles' Vertrag ist Ostpreußen vom Mutterlande abgeschnitten und damit aus seiner Kolonie geworden —, der einzigen, die Deutschland noch besitzt! Seine Bedeutung für die deutsche Zukunft geht weit hinaus über das, was sonst eine Kolonie für das Land bedeutet, zu dem sie gehört. Ostpreußen ist für Deutschland das Tor zu einer besseren Zukunft. Von unseren bisherigen Feinden dürfen wir keine Hilfe erwarten. Auf den französischen Lohn- und Gehältern seine Hoffnung zu setzen, wie es die Regierung durch das Abkommen von Wiesbaden durch Rathenau getan hat, ist der Gipfel politischer Torheit. England hat uns, zum Teil durch dieses Abkommen, vor den Kopf gestoßen, in der oberirdischen Frage so enttäuscht, daß wir auf seine Hilfe keine Berechnungen bauen dürfen. Es bleibt uns nur der Lebensgefahr im Osten: nicht das abgewirtschaftete Rußland, aber ein neues Rußland, das aus dem jetzigen Chaos früher oder später erheben muß.

Das Programm des Reichstags vor Weihnachten

Wie wir hören, wird der Reichstag vor Weihnachten nur noch die dringlichsten Vorlagen erörtern und nach einer Vereinbarung mit der Regierung von den Steuervorlagen nur das neue Umsatzsteuergesetz, das am 1. Januar in Kraft treten soll, verabschieden, ferner wünscht die Regierung die Verabschiedung des neuen Ortschaftenverzeichnisses vor Weihnachten, das richterliche Kraft vom 1. April 1920 erhält. Die Beamten in den höher gestellten Orten sollen ihre Nachstellungen aus dieser Vorlage am 1. Januar erhalten. Im übrigen wird der Reichstag in seiner vier- bis fünfjährigen Legislaturperiode nur noch einige kleine Vorlagen und einige Anträge beraten. Gegen die weitere Annahme des demerikanischen Entwurfs auf Einführung eines Gedenktages für die Opfer des Weltkrieges aus dem ersten Januarfesttag hat die Regierung seine Bedenken. Der nationale Feiertag würde bei der Feiertagsfeier zu begehen sein, er erhält alle Einrichtungen für Theater und Festtage. Im übrigen wird die Kirche des Gedenktages zu machen haben. Dem deutschnationalen Seite wird beantragt werden, noch vor Weihnachten die Presseverordnungen aufzugeben.

Und darum ist Ostpreußen von so unannehmer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Geht Ostpreußen verloren, dann wird der „Korridor“ zwischen Deutschland und Rußland zu breit, daß er beide Länder gänzlich trennen muß. Schon jetzt hindert den politischen Korridor die russischen Randstaaten ein großes Hindernis für Deutschlands Handel mit Rußland. Ihr Eintritt in eine Union mit Polen und eine Eingliederung Ostpreußens in Polen würde einen Handelsverkehr zu Lande mit Rußland unmöglich machen. Das aber ist das immer deutlicher auftretende Ziel Polens und Frankreichs. Schon vor längerer Zeit hörte man von einem Bündnis Polens mit den Randstaaten. Der Plan scheiterte an der Feindseligkeit Litauens gegen Polen, das sich das litauische Wilna anzuverleihen strebt. Nun lenkt man Litauens Augenmerk auf Memel und auf das ostpreussische Gebiet, in dem Litauer wohnen. Wenn Litauen das bekommt, wird es einen politischen Bündnis, selbst bei Verlust Wilnas, eingeleitet sein und unter polnisch-französischen Einfluß liegend, dem politischen Plane der Einkreisung Ostpreußens kein Hindernis mehr in den Weg legen. Das Polen und nicht Litauen in Memel auszulagern wird, dafür werden die dort stehenden Franzosen sich sorgen. Verlaßt doch, daß sich Litauen verpflichten soll, im Falle der Angliederung des Memellandes den Polen den Memeler Hafen zur Verfügung zu stellen. Gelingt dieser Plan, dann wird Ostpreußen, da Polen auch in Danzig mehr Macht besitzt, als Fernhandeln abnen, von allen Seiten durch den unerfüllten Nachbarn abgeriegelt, um ihm schließlich als reife Frucht in den Schoß zu fallen.

Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands an die Entente für 1922 werden nach einer amtlichen Berechnung auf 82,4 Milliarden Mark stellen ohne die Leistungen an dem Westbündner Abkommen. Dies ist nur die Summe für das Jahr 1922!

Der Hauptausgang des Preussischen Landtags beriet am Montag den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Vertreter des erkrankten Ministers führte aus, daß die Einnahmen sich nach den Ergebnissen um 149,0 Millionen erhöhen, so daß ein Reibetrag von 93,1 Millionen verbleibt, der im wesentlichen aus der geplanten Kammergabe gedeckt werden soll. Die Verpflichtungen seien demnach im Fluß, daß auch das neue Etatsjahr 1922 wiederum um 75,92 %...

Neue Plünderungen in Berlin

Berlin, 6. Dezember.
 In den späten Nachmittagsstunden des heutigen Tages kam es zu erneuten Plünderungen sowohl in Kreuzfeld als auch in der Regentiauer Allee und den angrenzenden Straßen. Große Trupps von Obdachlos- und Bettelarmen durchzogen die Straßen, um zu demonstrieren, und wurden von der Schutzpolizei, da sie ohne Ordnung marschieren und gewalttätig vorzugehen, auseinandergetrieben. Es bildeten sich nun kleinere Trupps von mehreren hundert Personen, die nach den genannten Straßen zogen und dort Bettel- und Lebensmittelforderungen stellten. Schließlich gelang es, 110 Plünderer einzufangen und dem Polizeipräsidium zuzuführen, wo sie wegen Plünderer und Brandverbrechen verhaftet wurden. Wir erfahren über die Ereignisse folgende Einzelheiten:
 Am 26. November versammelten sich gestern nachmittags nach 2 Uhr in Kreuzfeld und durchzogen johlend und nach laut rufend die Straßen. In der Regentiauer Allee 46 gestürmt, zerstörten sie die Schaufenster einer Sanktorizeri und stürzten die im Schaufenster befindlichen Vorräte. Als sie den benachbarten Lebensmittelgeschäften ihren Besuch abtaten wollten, kam die ungenügend bemannete Schutzpolizei hinzu, und sammelte energig die Plünderer die Flucht und entließen sie schließlich. Etwa 1 1/2 Stunden später sammelten sich am Hauptbahnhof und in der Neuen Königstraße mehrere Hundert Obdachlose und Obdachlose, die auch demonstrierend vor das Polizeipräsidium zogen. Eine Abordnung, die sich als Vertreter der Obdachlosen ausgab, drang in das Rathaus ein und verlangte den Oberbürgermeister zu sprechen. Oberbürgermeister Wirth empfing die Leute, die von ihm eine sofortige Wirtschaftshilfe von 100 Mark für jeden Obdachlosen verlangten. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er zu einer solchen Bewilligung nicht berechtigt, sondern ein Wohlthatersbüro eingerichtet sein müsse, um die ungenügend bemannete Schutzpolizei zu unterstützen. Die Demonstranten zogen nun nach dem Polizeipräsidium, um dort vor dem Neuen Volkshaus Halt zu machen. Verschiedene wollten mehrere Teilnehmer an der Demonstration in der Neuen Königstraße festhalten, als auf Befehl der Obdachlosen in der Polizeipräsidium, die Demonstranten dort, mehrere Hundertpersonen der Schutzpolizei an-

Wie Polen Oberbesitzungen in 40 bis 50 Jahren so weit gebracht hat, daß ein Rußland dort möglich wird, so möchte es auch Litauen und Ermeland polonisieren und hat dazu bereits Militärschiffe in Warschau und Soltau bereitgestellt. Korotkin spricht in seinen Auslassungen von 300 000 polnischen (!) Ostpreußen als „unlöslichen Feindern“, die mit Ungehorsam den Tag der Befreiung erwarten. Am Ostpreußengebiete würden wieder ein „Bund der Polen“ und polnische Gendarmen. Ein Thron steht ein „Ermeland- und Litauenregiment“, in dem wohl kaum ein richtiger Mutiere oder Ermelandler ist. Auch oberirdische Aufständische sollen in Warschau mit französischem Gelde und Waffen neu organisiert werden. Kurz, an der Wende der Polen, den im Juli 1920 verlorenen Kampf wieder aufzunehmen, besteht kein Zweifel.

Um so mehr muß sich Deutschland, dessen Zukunft mit Ostpreußen auf dem Spiele steht, dieses mit allen Kräften annehmen. Ostpreußen ist alles deutsches Kulturland. Die deutsche Kultur in ihm darf aus unmitten der stürmischen Flut nicht untergehen. Deshalb ist alles, was der Förderung dieser Kultur dient, ebenso zu unterstützen, wie die wirtschaftliche Stärkung Ostpreußens und seiner Bevölkerung, mag sie in Landwirtschaft und Industrie an der Lösung der Bodentfrage des Landes arbeiten, oder als Beamtenkraft auf deutscher Arbeit im Osten stehen, oder auf neuen Handelswegen deutscher Wirtschaft und Lauffahrt den Weg nach dem Osten bahnen. Ostpreußen hat schon bisher für Deutschland seine besondere Bedeutung darin gehabt, daß es als Lebensmittelpunkt außer seinen eigenen Ernteprodukten mehr als 2 Millionen Reichsbrotverbraucher ernährt hat. Als Brücke nach dem Osten soll es unser Volkswirt im Elanmeer bleiben, und kommt der Länderübergang Polens, dann wird er, wenn Deutschland seine Ostpreußen hält, in ihnen ein unverzagtes und hartes Gesicht finden, das keiner Welle, das deutschen Völkern des Ostens, wert ist.

Erkrankte Kriegsgefangene wurden vergiftet!

München, 6. Dezember.
 Mit dem letzten Schnellverkehrsbus wurde auch ein Kriegsgefangener namens Götner zurück, der unter Eid auslieferte, daß in der Gegend in Göttingen die erkrankten Deutschen vergiftet worden seien. Von 18 000 Soldaten seien in kurzen Zeit 3000 gestorben. Die gleiche Methode sei auch im Saalegebiet angewendet worden.

